

Wogen fast wieder geglättet

Aktualisiert um 01:16 Uhr

Aussenpolitiker begrüßen die neutrale Haltung der Schweiz im Uno-Menschenrechtsrat. Die Abstimmung sorgt

dennoch für Wirbel.

Gestern Nachmittag waren die Wogen wieder einigermaßen geglättet. Denn als der Uno-Menschenrechtsrat die israelische Militäroperation im Gazastreifen verurteilte, enthielt sich die Schweiz der Stimme (vgl. Kasten). Dass es im Menschenrechtsrat überhaupt zu einer Abstimmung gekommen war, hatte zuvor für Wirbel gesorgt. Dabei war auch die Schweiz ins Schussfeld der Kritik geraten. Aussenministerin Micheline Calmy-Rey hatte sich nämlich für die Sondersitzung des Menschenrechtsrates stark gemacht – im Gegensatz zur EU und anderen westlichen Ländern, die befürchteten, der arabisch dominierte Rat nutze die Plattform, wie in früheren Fällen, für harsche Kritik an Israel.

Kritik jüdischer Organisationen

Mit ihrer Haltung habe die Schweiz gegen Israel Partei ergriffen, kritisierte daraufhin Ilan Elgar, Israels Botschafter. Die hiesigen jüdischen Dachverbände doppelten nach. Mit Befremden werde die Schweizer Position im Menschenrechtsrat beobachtet. Dieser habe wiederholt einseitig gegen Israel gerichtete Anträge unterstützt, teilten der Israelitische Gemeindebund sowie die Plattform der Liberalen Juden der Schweiz gestern mit.

Das Schweizer Aussendepartement (EDA) dementiert, dass sich die Schweiz auf Druck Israels hin der Stimme enthalten habe. Man habe ausgewogen auf die jüngsten Ereignisse reagiert und stets das Verhalten beider Seiten und auch die Raketenangriffe der Hamas kritisiert. Man habe die Einberufung einer Sondersitzung unterstützt, weil die humanitäre Lage im Gazastreifen derart katastrophal sei.

Die Haltung des EDA ist unter Schweizer Aussenpolitikern breit abgestützt. In der aussenpolitischen Kommission (APK) des Ständerates, die sich gestern mit dem Konflikt im Nahen Osten beschäftigte, gab es viel Sukkurs für die offizielle Haltung der Schweiz. Er verstehe die zuvor geäusserte Kritik nicht, sagt CVP-Ständerat Ivo Bischofberger (AI), Vizepräsident der APK. Die Schweiz habe immer das Verhalten beider Seiten verurteilt und Zurückhaltung geübt. Oberstes Ziel müsse es nun sein, das humanitäre Elend im Gazastreifen zu lindern, sagt Bischofberger. Darum sei es richtig gewesen, den Antrag auf eine Sondersitzung des Menschenrechtsrates einzuberufen.

Diese Ansicht teilt der Zürcher SP-Nationalrat Mario Fehr. Die Schweiz hätte nur einem Vorstoss zustimmen können, der alle Akteure beim Namen genannt hätte.

Kritiker nicht verstummt

Dennoch sind die Kritiker nicht verstummt. Die Schweiz sei zu weit gegangen, als sie die Einberufung der Sondersitzung des Menschenrechtsrates unterstützt habe, bemängelt FDP-Nationalrat Walter Müller (SG): «Unser Land hat viel Potenzial zum Vermitteln verspielt, indem es sich zu einseitig auf die Seite der Palästinenser gestellt hat.» Der Zürcher SVP-Nationalrat Jürg Stahl doppelt nach: «Dass sich die Schweiz für die Einberufung der Sitzung eingesetzt hat, war ihrer neutralen Position nicht förderlich.»

>

Erstellt: 13.01.2009, 01:16 Uhr